

## Kurzbericht

### **Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**

(14. - öffentliche - Sitzung am 23. August 2023)

#### **Tagesordnung:**

1. **Vorstellung und Austausch mit dem Niedersächsischen Landesbeauftragten für Opferschutz, Herrn Thomas Pfeleiderer**

Der Landesbeauftragte stellt sich und seine Arbeit dem Ausschuss vor. Ein Gespräch mit dem Ausschuss schließt sich an.

2. **Vorstellung und Austausch mit dem Niedersächsischen Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Herrn Prof. Dr. Gerhard Wegner**

Der Landesbeauftragte stellt sich und seine Arbeit dem Ausschuss vor. Ein Gespräch mit dem Ausschuss schließt sich an.

3. **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages**  
Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/1576

Der Ausschuss, dem vom Ältestenrat um Stellungnahme zu dem Antrag gebeten wurde, vertagt diesen Tagesordnungspunkt, um den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen Gelegenheit zu Abstimmungsgesprächen zu geben.

4. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:  
Organstreitverfahren**

des **Mitglieds des Landtages Stephan Bothe**,  
Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

Prozessbevollmächtigte:  
GDS Gätcke Stoll Dürrfeld Rechtsanwälte PartmbB,  
Hannover

- Antragsteller -

gegen

die **Niedersächsische Landesregierung**  
vertreten durch den Ministerpräsidenten Stephan Weil,  
Niedersächsische Staatskanzlei, Planckstraße 2, 30169 Hannover

- Antragsgegner -

wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts eines Abgeordneten  
- **StGH 3/23**

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem  
Staatsgerichtshof abzusehen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

5. **Hohes Sicherheitsrisiko durch Geldautomatensprengungen für Anwohner und  
Einsatzkräfte - Tatanreize durch gesetzliche Vorgabe zum besseren Schutz von  
Geldautomaten beenden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/116

Der Ausschuss, der vom Ausschuss für Inneres und Sport um Stellungnahme zu dem  
Antrag gebeten wurde, nimmt seine Beratungen auf. Er bittet die Landesregierung, ihn  
über das von der Bundesbank gehandhabte Verfahren beim Umtausch verfärbter oder  
verklebter Geldscheine und über hierbei auftretende Schwierigkeiten zu unterrichten.  
Der Ausschuss strebt an, eine Verabschiedung des Antrages im September-Plenum zu  
ermöglichen.

6. **Arbeitsstättenverordnung in den niedersächsischen Strafvollzugsanstalten umsetzen!**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/1593

Eine Vertreterin der Fraktion der AfD stellt den Antrag vor. Der Ausschuss überweist  
ihn einstimmig seinem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“.

7. **Rechtssichere Vergütung von Betriebsratsmitgliedern gewährleisten - Betriebsratsvergütung verlässlich regeln!**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/1589

Der Ausschuss nimmt die Antragsberatung auf. Er ersucht den Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gesichtspunkten des Antrages und bittet die Landesregierung um Unterrichtung über die dem Antrag zugrunde liegende Problematik.